



Deutliche Verbesserungen im Kita- und Schulbereich

Aber die CDU besteht bis heute auf dem Stellenabbaukonzept der alten Landesregierung

Die LINKE im Landtag hat die Vorwürfe aus der CDU-Fraktion zur Amtsbilanz von Helmut Holter entschieden zurückgewiesen: „Der Bildungsminister ist gerade 100 Tage im Amt. Der Berg von nicht gelösten Problemen, den die CDU-Vorgänger hinterlassen haben, wird von Rot-Rot-Grün Schritt für Schritt abgetragen“, sagte Torsten Wolf, Sprecher für Bildungspolitik der Linksfraktion.

Bei der Beratung des Landesdoppelhaushaltes für die Jahre 2018 und 2019 haben sich die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen auf einen Hauptschwerpunkt im Bildungsbereich geeinigt. „Eine gute Bildung und Betreuung in den Kitas und Schulen gehört zu unseren Kernanliegen“, unterstrich Torsten Wolf.

Dazu legt die Thüringer Koalition ein Bildungspaket auf, um die Situation an Schulen deutlich zu verbessern. In den Jahren 2018 und 2019 sollen 600 Lehrer mehr als geplant eingestellt werden. Damit wird Rot-Rot-Grün bis 2019 insgesamt 3.750 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt haben. Die Horte erhalten 169 Stellen mehr und es sind für die einzelnen Beschäftigten Arbeitszeitaufstockungen möglich.

Es wird allseits begrüßt, dass eine aktuelle Bestandsaufnahme und die Weiterentwicklung des Schulsystems in Thüringen zusammen mit allen Beteiligten im Rahmen eines Werkstattprozesses Fahrt aufgenommen hat.

„Wegen der jahrzehntelangen Versäumnisse und Untätigkeit der CDU besteht nun erheblicher Nachholbedarf im Schulbereich, den Rot-Rot-Grün angeht. Von Herrn Tischner hören wir seit Monaten nur noch unqualifiziertes Gemecker und keine konstruktiven Vorschläge“, sagte Torsten Wolf. Die CDU besteht bis heute auf dem Stellenabbaukonzept der alten Landesregierung, nach dem mehr als 2.000 Lehrerstellen bis zum Jahr 2020 abzubauen wären.



Viel Zustimmung für das von Rot-Rot-Grün auf den Weg gebrachte beitragsfreie Kindergartenjahr ab Januar in Thüringen erfahren Abgeordnete – im Foto Torsten Wolf vor einer Kindertagesstätte in Arnstadt – und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie kommen mit Eltern und Großeltern ins Gespräch und bieten konkrete Hilfe an, wenn Träger trotzdem Beitragserhöhungen vornehmen wollen. Denn dies kann in keiner Weise mit dem neuen Kindergartengesetz begründet werden.

#kitabeitragsfreiesbleibt dabei ■

Mit der Einführung des gebührenfreien Kita-Jahres ab Januar 2018 werden Familien jährlich um durchschnittlich 1.440 Euro entlastet. „Familien steht so deutlich mehr Geld zur Verfügung. Dies ist für uns LINKE der Einstieg in die komplette Beitragsfreiheit für Kitas, da diese Bildungseinrichtungen sind“, so der Abgeordnete.

Gleichzeitig sorgt Rot-Rot-Grün mit der stufenweisen Absenkung des Betreuungsschlüssels für die Drei- bis Vierjährigen auch für Qualitätsverbesserungen in den Kitas: Während heute eine Erzieherin 16 Kinder betreut, soll sich künftig eine Erzieherin um höchstens zwölf Kinder kümmern. „Damit steht Thüringen wieder im Spitzenfeld aller Bundesländer, zumal im Freistaat der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab dem 1. Lebensjahr besteht“, informierte Torsten Wolf.

Die dafür notwendigen Mittel werden vom Land den Kommunen in vollem Umfang zur Verfügung gestellt. Dies wurde auch im Rahmen der vom Haushalts- und Finanzausschuss am 24. November durchgeführten Anhörung vom Gemeinde- und Städtebund bestätigt.

Es ist für ein hochentwickeltes und reiches Land wie die Bundesrepublik ein Armutszeugnis, dass es im Rahmen des noch geltenden Paragraphen 218 eine soziale Indikation gibt. Gerade dieser Fall des Abbruchs zeigt doch, wie notwendig der Ausbau sozialer Hilfs- und Unterstützungsangebote für Schwangere und ihre Familien ist.

Es ist daher dringend notwendig, dass eine gesetzliche Regelung geschaffen wird, die das Recht auf den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen garantiert, die wohnortnah und barrierefrei sein müssen. Dazu muss es ein dichtes Netz von Beratungsstellen geben, damit Frauen im Falle gewollter und ungewollter Schwangerschaften professionelle Unterstützung erfahren.

Die Verhütung ist Teil der Selbstbestimmung aller Menschen und deshalb sind sämtliche Verhütungsmethoden in den Leistungskatalog der Krankenkassen aufzunehmen. Die Kosten dafür sollten vollständig durch die Krankenkassen getragen werden.

über das Sinnesbehindertengeld soll noch im Dezember in den Landtag eingebracht und zusammen mit Behindertenverbänden bzw. -gremien und Selbstvertretungen der Betroffenen, die seit Jahren diese Änderung einfordern, im Landtag beraten werden. ■

KOMMENTIERT:

von Karola Stange

Weg mit Paragraph 219a

Das am 24. November gefällte Urteil des Amtsgerichts Gießen zur Bestrafung einer Ärztin wegen sogenannter Werbung zum Schwangerschaftsabbruch nach Paragraph 219a Strafgesetzbuch ist als sehr problematisch mit Blick auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen zu bewerten. Jede Frau soll selbst entscheiden können, ob sie ein Kind möchte oder nicht und dazu professionell von engagierten Ärztinnen und Ärzten beraten und unterstützt werden. Der Paragraph 219a StGB muss weg!

Das Urteil hat völlig zu Recht eine intensive öffentliche Diskussion ausgelöst, der die notwendigen parlamentarischen Schritte folgen sollten. Dabei sollte unter Beachtung der geltenden verfassungsrechtlichen Vorgaben eine möglichst weitgehende Abschaffung des zugrundeliegenden Paragraphen 218 erreicht werden. Durch die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs können alle mit illegalen Abbrüchen zusammenhängende Probleme für die Schwangeren und beteiligtes ärztliches Personal beseitigt werden.

Es ist für ein hochentwickeltes und reiches Land wie die Bundesrepublik ein Armutszeugnis, dass es im Rahmen des noch geltenden Paragraphen 218 eine soziale Indikation gibt. Gerade dieser Fall des Abbruchs zeigt doch, wie notwendig der Ausbau sozialer Hilfs- und Unterstützungsangebote für Schwangere und ihre Familien ist.

Es ist daher dringend notwendig, dass eine gesetzliche Regelung geschaffen wird, die das Recht auf den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen garantiert, die wohnortnah und barrierefrei sein müssen. Dazu muss es ein dichtes Netz von Beratungsstellen geben, damit Frauen im Falle gewollter und ungewollter Schwangerschaften professionelle Unterstützung erfahren.

Die Verhütung ist Teil der Selbstbestimmung aller Menschen und deshalb sind sämtliche Verhütungsmethoden in den Leistungskatalog der Krankenkassen aufzunehmen. Die Kosten dafür sollten vollständig durch die Krankenkassen getragen werden.

Karola Stange ist gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses im Thüringer Landtag

AKTUELL

„Endlich werden auch die gehörlosen Menschen in Thüringen einen monatlichen Nachteilsausgleich in Höhe von 100 Euro rückwirkend zum 1. Juli 2017 bekommen. Das begrüße ich außerordentlich. Damit wird eine jahrelange Forderung der LINKEN umgesetzt“, sagte Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der LINKE-Landtagsfraktion, zum Kabinettsbeschluss der rot-rot-grünen Landesregierung am 28. November.

Mit der Einführung eines Gehörlosengeldes werden dann erstmals alle blinden, taubblinden und sinnesbehinderten Menschen in Thüringen einen finanziellen Beitrag zum Ausgleich ihrer behinderungsbedingten Mehraufwendungen erhalten. Das Thüringer Blindengeldgesetz wird zum Thüringer Gesetz über das Sinnesbehindertengeld infolge der Erweiterung des Kreises der Leistungsberechtigten auf alle schwer sinnesbehinderten Menschen. „Damit erhalten die rund 1.900 gehörlosen Menschen in Thüringen einen Nachteilsausgleich und eine notwendige Unterstützung für die Teilhabe am Leben in allen Bereichen der Gesellschaft. Das gilt vor allem für ein selbstbestimmtes Wohnen außerhalb von Einrichtungen, aber auch für Arztbesuche, Teilnahme an Volkshochschulkursen oder kulturellen Veranstaltungen.“ Das von der Landesregierung angekündigte Gesetz

